rung bezeichnet, des letztgenannten als Ministers zur Vorbereitung der konstituierenden Versammlung. Ferner wurde der Plan gefaßt, ein Ministerium der sozialen Bürgschaft zu schaffen, das einem Vertreter der Partei der nationalen Freiheit anvertraut werden soll.

Die Erklärung wurde am Ende der Sitzung unterzeichnet.

Die Lösung der Krise.

Petersburg, 18. Mai. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung und die demokratischen Parteien haben sich über die Verteilung der Ministerposten geeinigt wie folgt: Fürst Lwow: Ministerpräsident und Ministerium des Innern, Tereschtschenko: Auswärtiges, Konowalow: Handel und Industrie, Dobnew: Staatskontrolleur, der Sozialist Skobelew, Vizepräsident des Rats der Arbeiter- und Soldatenvertreter: Arbeitsminister, Rechtsanwalt Pereverzew: Justiz, Sozialist Tersak Ischerno: Ackerbau, der nationalistische Sozialist Piechanow: Verpflegung, Kerenski: Krieg und Marine, Schingarew: Finanzen, Tseretelli: Post und Telegraph, Nekrasow: Verkehr, Manuilow: Oeffentlicher Unterricht. Außerdem wurden Professor Grimm und Fürst Schakowskoi, Sekretär der ersten Duma, als Kandidaten für die Aemter eines Ministeriums für die die konstituierende Versammlung betr. Angelegenheiten und für ein Ministerium öffentlicher Hilfeleistung aufgestellt.

Zu Kornilows Abschied.

Kopenhagen, 17. Mai. Berlingske Tidende entnimmt dem Leninschen Blatte Prawda die Meldung, General Kornilows Beschwerde bei der Regierung über die Weigerung von Truppen, zur Parade zu erscheinen, habe eine Ausdehnung der Meuterei verursacht; die Soldaten hätten erklärt, die alte Regimentsfahne mit dem St. Georgskreuz nicht mehr als ihr Feldzeichen anzusehen. Darauf habe Kornilow seinen Abschied genommen.

Briand Botschafter in Petersburg.

Genf, 18. Mai. Die Pariser Berichterstatter der Genfer Blätter melden, daß für den Botschafterposten in Petersburg Briand und Murat ausersehen seien. Man glaubt, daß die Wahl auf Briand fallen werde, weil man von seiner diplomatischen Geschicklichkeit eine Besserung der Lage in Rußland erhofft.

Die britische Regierung und die Friedensfrage.

Im englischen Unterhause haben gleichsam als Gegenstück zu den Kriegszieldebatten im deutschen Reichstage großzügige Debatten über die Kriegsziele der Alliierten stattgefunden. Den Anlaß dazu gab ein Antrag Philipp Snowdens, welcher den Standpunkt der demokratischen russischen Regierung begrüßte, der jede imperialistische Eroberung und Gebietserweiterung von der Hand weist. Auf diesen Antrag hin, der von Lee Smith unterstützt wurde, der die Ablehnung jeder Annexion oder Kriegsentschädigung verlangte, ergriff Lord Robert Cecil die Gelegenheit, um den Standpunkt der englischen Regierung in der Kriegszielfrage erneut darzulegen. Die Kriegsziele der Alliierten — das war der Kern seiner Ausführungen — seien heute noch ebenso wie im Januar. Er fragte Snowden, ob er etwa die Eingeborenen der früheren deutschen Kolonien in Afrika der deutschen Herrschaft zurückgeben wolle. Er forderte die Loslösung Armeniens und Syriens von der türkischen Herrschaft, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Gebiete der italienischen Irredenta an Italien, ebenso Entschädigungen für Belgien, Serbien und Nordfrankreich und für die durch den Unterseebootkrieg versenkten Handelsschiffe.

Seine Rede, die auf die Erklärungen Bethmann Hollwegs im deutschen Reichstag Bezug nahm, ist als Erklärung darüber zu betrachten, welche Stellung die englische Regierung zu der neuen Situation einzunehmen gedenkt, die durch den Verzicht der russischen Regierung auf Annexionen und durch die Kriegszielerklärung des deutschen Reichskanzlers geschaffen worden ist. In dem Zeitpunkt, als Lord Cecil seine Ausführungen machte, war die Erklärung der russischen provisorischen Regierung noch nicht bekannt, zu der sie nach dem Rücktritt Gutschkows und Miljukows von dem Arbeiter- und Soldatenrat gezwungen worden ist. Er begnügte sich daher mit der einfachen Feststellung, daß die mit der früheren russischen Regierung abgeschlossenen Verträge noch bindend seien, solange sie nicht von der neuen Regierung abgeändert würden. Aber für den Fall einer solchen Erklärung ist in der Rede Cecils die Präzisierung der Stellungnahme der englischen Regierung vorweggenommen. „Wir sind entschlossen," führte er aus, „einen Frieden nicht anzunehmen, der kein Friede sein wird. Der Friede, den wir annehmen, muß ein gerechter und dauernder Friede sein." In Verbindung mit der vorhergegangenen Skizzierung der Kriegsziele der Alliierten zeigt diese Stelle deutlich den Unterschied, der in der Friedensfrage zwischen der englischen und der russischen Regierung besteht.

Der Rede des deutschen Reichskanzlers gegenüber begnügte sich Lord Cecil mit der Bemerkung, daß auch diesmal Bethmann Hollweg keine Angaben darüber gemacht habe, welche Bedingungen er anzunehmen gedenke.

Welche ungünstigen Wirkungen die Kriegszielerklärung des deutschen Reichskanzlers auf die Haltung der alliierten Regierungen in der Friedensfrage ausgeübt hat, ging mehr noch aus den Ausführungen des Hauptes der Opposition Asquith hervor. Seine Ausführungen über die Kriegsziele waren denen des Ministers konform. Er ging jedoch ausführlicher auf die Rede des deutschen Kanzlers ein. Den Eindruck, den er von ihr hatte, faßte er zusammen in den Worten: Verwunderung, Bedauern und Enttäuschung. Er beurteilt die Situation so, daß die Leiter der deutschen Politik nun nicht mehr einen Frieden suchten, gemäß den Anschauungen, zu denen sie während der Dauer des Krieges gekommen seien, sondern daß sie nunmehr entschlossen seien, bis zum Ende durchzuhalten, im Sinne der von ihnen bei Kriegsausbruch vertretenen Politik.

Soweit die Erklärungen der englischen Staatsmänner. Snowdens Antrag wurde vom Unterhause abgelehnt. Die Anhänger der Regierung und die parlamentarische Opposition stimmten geschlossen gegen den Antrag. Nichtsdestoweniger wird die Friedensbewegung in England neue Kräfte ziehen aus der nunmehr geschaffenen Situation. Es ist klar, daß die Regierungen, die als Häupter der gegnerischen Koalition zu betrachten sind, nicht imstande sind, jetzt den Frieden herbeizuführen. Eine klare Situation ist damit geschaffen. Die englischen Friedensfreunde müssen aus den Ausführungen Cecils im Unterhause ersehen, daß die jetzige englische Regierung festhält an einer reinen imperialistischen Politik, einer Politik, die allmählich in ein Fahrwasser gerät, wie es seinerzeit von Chamberlain empfohlen wurde.

Unmittelbar nach den Unterhausdebatten über die Friedensfrage gab Lloyd George eine Erklärung ab über das Resultat der Beratungen des britischen Reichskriegsrats, zu dem die Vertreter der Dominions zugezogen waren. Aus diesen Verhandlungen ist der Entschluß hervorgegangen, die Beratungen der leitenden Minister der überseeischen Dominions und Indiens zu einer dauernden Einrichtung der englischen Verfassung zu machen. Damit ist ein wichtiger Schritt in der Richtung der imperialistischen Wünsche nach der Schaffung eines einheitlich geleiteten Größeren Britanniens getan.

Diese Neueinrichtung der englischen Verfassung ist überaus bemerkenswert. Zwar hat Lloyd George nur die Tatsache dieser Verfassungsänderung und nichts über die von dem Reichskriegsrat sonst gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Leitung der großbritannischen Politik bekanntgegeben, doch ist zu vermuten, daß die Schaffung des Reichskabinetts nunmehr auch die schutzzöllnerische Richtung zur Geltung kommen lassen wird. Einheitlicher verfassungsmäßiger Zusammenschluß der britischen Kolonien mit dem Mutterlande und Schaffung eines einheitlichen größerbritannischen Wirtschaftsgebiets durch Vorzugszölle zwischen den Kolonien und dem Mutterlande sowie durch Schutzzölle nach außen sind die Forderungen des britischen Imperialismus, wie sie von Chamberlain seinerzeit am schärfsten vertreten wurden. Die erste imperialistische Forderung ist nunmehr erfüllt. Nicht umsonst nennt sie Lloyd George einen Merkstein in der Geschichte der englischen Verfassung. Die Vermutung, daß sich die britische Reichskriegskonferenz auch über einen Zusammenschluß der britischen Kolonien mit dem Mutterlande in wirtschaftlicher Beziehung geeinigt hat, liegt nahe. Die britischen Kolonien, und namentlich Indien, sind die stärksten Stützen der englischen Kriegführung geworden. Rohstofflieferung, Lieferung von Mannschaftsersatz, Finanzierung des Krieges sind die Hilfeleistungen, die sie dem Mutterlande gewährt haben. Die englische Regierung hat nach dieser weitgehenden Hilfeleistung den Dominions das Recht nicht versagen können, in die Leitung der allgemeinen großbritannischen Politik hineinzureden.

Die großbritannische Regierung ist gesonnen, den Krieg mit gesteigerter Kraft weiterzuführen. Sie hält fest an den Kriegszielen der Alliierten, wie sie im Januar formuliert wurden, trotzdem sie sich bewußt ist, daß sie sich damit im Widerspruch befindet zur Stellung der russischen Regierung in der Kriegszielfrage. Sie führt den Krieg als imperialistischen Krieg weiter. Sie ist den Forderungen der Imperialisten entgegengekommen durch den Zusammenschluß der Dominions und Indiens mit dem Mutterlande zu einem einheitlich geleiteten größeren Britannien, weil sie hofft, aus diesem Zusammenschluß neue kriegerische Energien zu gewinnen.

Dieser imperialistischen Politik der großbritannischen Regierung gegenüber wird die Friedensbewegung der englischen Pazifisten sich verstärken. Sie wird neue Kräfte ziehen aus der Erkenntnis, daß von den Regierungen die Herbeiführung des Friedens nicht zu hoffen ist selbst in der überaus günstigen Situation, wie sie vor den Erklärungen im englischen und deutschen Parlament gegeben war, und daß die verantwortlichen Staatsmänner Eroberungszielen nachstreben, während doch die Völker nichts sehnlicher herbeiwünschen als einen Frieden, der die Verständigung zwischen ihnen herbeiführt und dadurch einen neuen Weltkrieg unmöglich macht.

* * *

Ein britisches Reichskriegskabinett.

London, 17. Mai. Lloyd George gab im Unterhause eine Erklärung betreffend die Einsetzung eines Reichskriegskabinetts ab, in der er u. a. ausführte: Ich wünsche das Haus mit einem Ereignis bekanntzumachen, das einen Merkstein in der Geschichte der englischen Verfassung bildet. Seit 14 Tagen haben die Staatsmänner der überseeischen Dominions und Indiens an den Sitzungen des Kabinetts des Kriegsrats des Reiches teilgenommen. Sie erhielten alle der Regierung zur Verfügung stehenden Informationen und waren den Mitgliedern der englischen Regierung vollständig gleichgestellt. Die eingehenden Erörterungen aller Lebensinteressen der englischen Reichspolitik haben zu einer wichtigen Entscheidung geführt, die uns befähigen wird, den Krieg mit gesteigerter Einigkeit und Kraft weiterzuführen und von größtem Wert für die Zeit der Friedensverhandlungen sein wird. Der frische Geist und die neuen Gesichtspunkte, welche die Kollegen der Regierung von Uebersee in die schwebenden Fragen gebracht haben, ist der Regierung eine außerordentlich wertvolle Hilfe gewesen. Mit Zuversicht kann die Regierung feststellen, daß der Versuch ein vollkommener Erfolg gewesen ist. Das Kriegskabinett ist einig in der Ansicht, daß gleiche Aussprachen jährlich oder öfter, falls eine dringende Notwendigkeit hierfür vorliegt, stattfinden sollen. Das

Kriegskabinett des Reiches

wird aus dem englischen Premierminister und denjenigen seiner Kollegen, die mit den allgemeinen Reichsangelegenheiten befaßt sind, sowie aus den Premierministern der Dominions oder ihren besonders hierfür gestellten Vertretern und ferner aus den von der indischen Regierung gewählten indischen Vertretern bestehen. Diese jährliche Zusammenkunft wird als eine Bestimmung der englischen Verfassung anerkannt werden. (Beifall.)

Das Wesentliche der neuen Einrichtung besteht darin, daß die verantwortlichen Häupter der Regierungen der Dominions und der mit der Führung der Politik des Reiches betrauten Minister in regelmäßigen Zwischenräumen zusammenkommen, die auswärtige Politik besprechen und Entschlüsse fassen werden, in betreff deren sie der Kontrolle ihrer eigenen Parlamente unterworfen sind, die sie jedes für sich annehmen. Sie werden auf diese Weise in den Stand gesetzt, vollen Einblick in die schwebenden politischen Fragen zu erhalten und die Politik des Reiches bei wesentlichen Anlässen beratend mitzubestimmen, ohne daß die Selbständigkeit, deren sie jetzt sich erfreut, irgendwie beeinträchtigt wird. Wir versuchen nicht, irgendwelche konstitutionelle Entwicklungen festzulegen. Die ganze Frage der vollständigen Zusammenarbeit bei der Beratung von Angelegenheiten des Reiches und der auswärtigen Politik soll einer besonderen Besprechung vorbehalten werden, die möglichst bald nach dem Krieg stattfinden soll. Indessen sind wir der Ansicht, daß der Versuch der Bildung eines Reichskabinetts, in dem Indien vertreten ist, so wertvoll für eine bessere Verständigung und Einigkeit bezüglich der Absichten und des Handelns ist, daß er sich durchsetzen sollte, und wir glauben, daß er sich für alle Nationen des Reichs empfehlen würde. (Beifall.)

Deutsche Annexionisten und russische Imperialisten.

Während die russischen Arbeiter, unterstützt von den kleinbürgerlichen Demokraten, einen entschlossenen Kampf um den Frieden führen und die imperialistischen Elemente der provisorischen Regierung mehr und mehr zurückdrängen, entfaltet die bürgerliche Presse aller Schattierungen eine umfassende Agitation gegen die Friedensziele der Arbeiterklasse. Mit Vorliebe registriert sie hierbei, neben allen Anzeichen der Zweideutigkeit und Unklarheit der amtlichen Stellen, alle Aeußerungen jener Kreise in Deutschland, die von einem annexionslosen Frieden nichts wissen wollen und nach wie vor einen „deutschen Frieden" fordern. Einen gewissen Reiz erhält diese Kampagne der russischen Imperialisten dadurch, daß sie sich neuerdings mit Vorliebe auf die Aeußerungen jener sozialistischen „Umlerner" in Deutschland berufen, die — mit nicht geringem Erfolg — seit Kriegsbeginn bestrebt sind, die Politik der „Mehrheit" in nationalliberale Bahnen zu drängen. So widmet die Petersburger Rotsch, das Organ Miljukows, in ihrer Nummer vom 6./19. April einen ausführlichen Artikel der Nr. 6 der Sozialistischen Monatshefte, in der Heinrich Peus, im Interesse einer starken, „vom Angelsachsentum unabhängigen Kontinentalpolitik", eine Annäherung an das demokratische Rußland fordert, Ludwig Quessel aus denselben Erwägungen den Tauchbootkrieg als Friedensbringer preist und Emil Kloth, nach einer Kritik der bloß negativen Friedensformel Scheidemanns, seine eigene „positive" Friedensformel entwirft. Die Retsch hält diese Formel (die sie irrtümlicherweise Quessel zuschreibt) für so bedeutungsvoll, daß sie sie wörtlich zitiert. Sie lautet:

Das deutsche Volk muß folgendes erstreben:

1. Die Freiheit der Meere für seine Ein- und Ausfuhr, sowie ihre Sicherung durch eine entsprechende eigene Seegewalt;

2. Ein zusammenhängendes Kolonialreich in Afrika zur Versorgung seiner Industrie mit Rohstoffen, sowie zur späteren Besiedelung durch seinen Ueberschuß, der dem Volksganzen nicht verloren gehen darf;

3. Die Bildung eines zusammenhängenden mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets, mit Einschluß Vorderasiens, das sich selbst versorgen und seine Unabhängigkeit gegenüber den bestehenden Weltreichen behaupten kann.

Das Organ Miljukows findet dieses „Minimalprogramm" der Sozialistischen Monatshefte namentlich angesichts der Neigung der deutschen Sozialdemokratie, als Friedensstifter aufzutreten, von besonderem Interesse. Selbst die am weitesten links stehende deutsche Partei bewege sich in denselben militaristischen und imperialistischen Gedankengängen wie alle bürgerlichen Parteien Deutschlands. Gegen diese Auffassung wandte sich sehr scharf der Denj, das Organ Kerenskis:

Haben diese dii minores (kleine Götter) des Revisionismus, die selbst von ihren Gesinnungsgenossen in der Partei nicht ernst genommen werden, je geträumt, daß sie irgendwo als die Führer der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden würden?

Die russischen Imperialisten seien bestrebt, die deutsche Sozialdemokratie als chauvinistisch und imperialistisch darzustellen, und deshalb spekulieren sie mit ihren Darstellungen auf die Unkenntnis des russischen Durchschnittslesers. Die Retsch führt diese Kritik an und bemerkt dazu:

Es wäre wirkungsvoller gewesen, wenn der Denj sich auf den Protest der Größen der deutschen Sozialdemokratie hätte berufen können, anstatt in ihrem Namen zu sprechen.

Einen solchen Protest unsrer „Mehrheits"-Größen gegen die imperialistische Propaganda der Quessel, Kloth und Konsorten konnte freilich das russische demokratische Organ nicht anführen. Woraus allerdings nicht die Richtigkeit der von der Retsch generell gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Anklagen folgt, wohl aber die Tatsache, daß die deutsche Mehrheitspartei mit ihrer bemerkenswerten Duldsamkeit gegenüber den betriebsamen Sozialimperialisten in den Monatsheften, der Glocke usw. den Imperialisten des Auslandes selber Material für die Diskreditierung der deutschen Sozialdemokratie liefert und die Stellung jener friedensfreundlichen Organe erschwert, die das beschmutzte Gewand der deutschen Mehrheit im Interesse des Friedens von seinen größten Flecken säubern möchten.

Umlernen in Permanenz.

Ende April hat der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei seinen bekannten Beschluß gefaßt, worin die Forderung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates: „Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" akzeptiert und bekräftigt wird. Unter denen, die diesem Beschluß zustimmten, waren auch die Herren Scheidemann und Meerfeld. Sie hatten keine Einwendungen zu erheben. Wenige Wochen vorher hat Meerfeld es in einer Versammlung des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden noch für nötig befunden, seinen politischen Freund Scheidemann gegen den schwarzen Verdacht zu verteidigen, er habe die Forderung aufgestellt, daß jeder der Kriegführenden seine eigene Last tragen solle, d. h. daß keine der kriegführenden Parteien eine Kriegsentschädigung fordern dürfe. Und Scheidemann stellte dann im Vorwärts feierlich fest, daß er in der Tat das verpönte Wort, daß ihm die Alldeutschen und andre Annexionisten vorwarfen und als Verrat an Deutschland ankreideten, nie gesprochen habe. Zwar fordere er auch nicht das Gegenteil, verlange nicht gerade eine Kriegsentschädigung für Deutschland — indes wenn die deutschen Unterhändler sie bei den Friedensverhandlungen durchzusetzen vermöchten, so werde er deshalb nicht gegen den Friedensvertrag sein.

Diese bauernschlau-verzwickte Formulierung, deren Aufbau den Herren Scheidemann und Stampfer jedenfalls einige Schweißtropfen gekostet hatte, sollte nach zwei Seiten wirken. Einmal gegen den Vorwurf der Annexionisten, daß Scheidemann bezw. die Regierungssozialisten das deutsche Volk durch die Forderung des Verzichts auf Kriegsentschädigung „ruinieren" wollten. Zweitens sollte sie aber auch gegen Angriffe von links und vom Auslande decken, alldieweil die Herren Scheidemann und Stampfer doch darüber nicht im Unklaren sein konnten, daß das Eintreten für die Kriegsentschädigungsforderung ein feindlicher Akt gegen das Ausland im allgemeinen wie auch gegen die Arbeiterklassen schädlich ist. Deshalb ist und deshalb den Friedensbestrebungen schädlich ist. Deshalb durfte Scheidemann nicht einfach sagen, daß er für die Forderung einer Kriegsentschädigung sei, sondern mußte sich hinter eine gewundene Formel verstecken, die ihm erlauben sollte, im Notfall zu erklären, daß er doch eigentlich gar nichts gesagt habe.

Die russische Revolution hat dafür gesorgt, daß Herr Scheidemann alsbald sein Damaskus gefunden hat. Mit dem Brustton der Ueberzeugung vertritt er jetzt den Beschluß des Parteiausschusses, wonach der Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen gefordert werden muß. Und mit „wahrem Fanatismus" — wie Lensch im Hamburger Echo schrieb — legt sich dieselbe sozialdemokratische Presse, allen voran der Vorwärts — dem derselbe Lensch die „kühnsten und unerwartetsten Wendungen" nachsagt — für diese Forderung ins Zeug, die wenige Wochen vorher die entgegengesetzte Erklärung Scheidemanns mindestens widerspruchslos hingenommen hatte.

Diese Virtuosität im Umlernen soll einmal einer nachmachen!

Dr. Paul Lensch aber lieferte in einem mißvergnügten Artikel des Hamburger Echo, dem wir schon die oben erwähnten bissigen Ausfälle auf den Vorwärts und die Parteipresse entnehmen, den Nachweis, daß es mit diesem einen Fall des Umlernens in der Stellung zur Friedensforderung noch nicht sein Bewenden hat. Er konstatiert noch eine zweite Wendung, die für die Charakterisierung der „unentwegten Arbeit für den Frieden", die die Regierungssozialisten nach ihrer eigenen beflissenen Versicherung seit dem 4. August geleistet haben, von nicht unerheblichem Interesse ist. Lensch ist mit der Forderung, daß der Reichskanzler durch eine unumwundene Erklärung den Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen als amtliches Kriegsziel proklamieren solle, durchaus nicht einverstanden. Er hat zwar nichts dagegen, daß die sozialistischen Parteien den Annexionspolitikern im eigenen Lager mit dieser Forderung und mit aller Energie entgegentreten. Aber was für die Sozialisten erlaubt ist, das ist nach Lensch für die Regierung nicht erlaubt. Und deshalb soll man es von ihr auch nicht fordern. Die Parteipresse aber tut es zu Lenschs Mißvergnügen mit „wahrem Fanatismus". Aergerlich hält er ihr darob die frühere Haltung seiner Partei vor. Er schreibt:

„Bisher hatte die Fraktion es noch immer abgelehnt, vom Kanzler die genaue Bekanntgabe seiner Kriegsziele zu verlangen. Was von ihm verlangt wurde, das war die Erklärung seiner Friedensbereitschaft; deshalb hatte das deutsche Friedensangebot gerade in den Kreisen der Partei ein so starkes Echo gefunden, und nur der Arbeitsgemeinschaft und den Herrschaften von der Rechten war es vorbehalten geblieben, es herabzusetzen. Jetzt plötzlich stoßen wir in das Horn der Arbeitsgemeinschaft und finden, das deutsche Friedensangebot gehe nicht weit genug: der Kanzler solle noch schärfer und deutlicher seine Friedensbereitschaft erklären, er solle nicht bloß auf alle Annexionen, sondern auch auf alle Kriegsentschädigungen verzichten."

So Lensch in seiner Kritik. Wir brauchen ihr nichts mehr hinzuzusetzen. Sie gibt nicht nur in einem kleinen Ausschnitt ein treffendes Bild von der fabelhaften Fähigkeit des Umlernens, die unsre Regierungssozialisten ziert, sondern zugleich auch eine ätzende Kritik ihrer „unentwegten Arbeit für den Frieden".

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19170519/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG